

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/14389 –**

### **Nationale Diabetes-Strategie umgehend initiieren**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller konstatieren, dass es sich bei Diabetes mellitus um eine verbreitete Erkrankung in der erwachsenen Bevölkerung handle. Das Robert Koch-Institut (RKI) gehe nach aktuellen Hochrechnungen davon aus, dass die Zahl der Diabetespatientinnen und -patienten in Deutschland in den nächsten 20 Jahren auf bis zu 12,3 Millionen Menschen ansteigen könne. Die Erkrankung führe zudem zu einer Vielzahl an Folgeerkrankungen und gehe mit einer deutlich erhöhten Sterbewahrscheinlichkeit einher. Obwohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Entwicklung und Umsetzung nationaler Rahmenpläne zur Eindämmung nicht übertragbarer Krankheiten fordere, existiere in Deutschland nach wie vor kein nationaler Diabetesplan, der dem Problem in der Breite, Komplexität und Ernsthaftigkeit gerecht werde.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern eine nationale Diabetesstrategie, die darauf abzielt, der Erkrankung vorzubeugen und das Versorgungsangebot nachhaltig zu verbessern. Dafür brauche es eine kohärente Gesamtstrategie, die die Eindämmung von Diabetes mellitus als ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachte. Im Rahmen dessen müssten vorbeugende Maßnahmen im Sinne der Gesundheitsförderung umfänglich ausgebaut, gefördert und aufeinander abgestimmt sowie bislang ungleich verteilte Gesundheitschancen in der Bevölkerung ausgeglichen werden. Das Versorgungsangebot müsse zu einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung ausgebaut sowie der Bekanntheitsgrad der Erkrankung durch eine Verbesserung der Information und Aufklärung erhöht werden. Daneben müssten die Datengrundlagen weiterentwi-

ckelt, die Finanzierung der Forschungsförderung sichergestellt sowie eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Diabetes mellitus am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

### **Der Ausschuss für Gesundheit**

**Erwin Rüdell**  
Vorsitzender

**Detlev Spangenberg**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Detlev Spangenberg

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14389** in seiner 146. Sitzung am 13. Februar 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragssteller stellen fest, dass es sich bei Diabetes mellitus um eine verbreitete Erkrankung in der erwachsenen Bevölkerung handle und das RKI davon ausgehe, dass die Zahl der Diabetespatientinnen und -patienten in Deutschland in den nächsten 20 Jahren auf bis zu 12,3 Millionen Menschen steigen könne. Mit der Erkrankung seien häufig Folgeerkrankungen wie Beeinträchtigungen des Herz-Kreislaufs-Systems, Schädigungen der Augen oder diabetische Nervenerkrankungen verbunden. Zudem gehe die Erkrankung mit einer deutlich erhöhten Sterbewahrscheinlichkeit einher. So liege die Sterbewahrscheinlichkeit bei Erwachsenen bis 79 Jahre etwa doppelt bis dreimal so hoch wie bei Menschen mit normaler Glukosestoffwechsellage. Die mit etwa 90 Prozent mit Abstand häufigste Diabetesform, Diabetes mellitus Typ 2, sei auf eine komplexe Wechselwirkung von genetischer Disposition sowie verhaltens- und verhältnisbedingter Faktoren zurückzuführen. Neben älteren Menschen und Männern gälten insbesondere sozioökonomisch Benachteiligte als besondere Risikogruppen. Obwohl die WHO vor diesem Hintergrund die Entwicklung und Umsetzung von nationalen Rahmenplänen zur Eindämmung von nichtübertragbaren Krankheiten fordere und Staaten wie Großbritannien, Finnland und Österreich bereits eigene nationale Strategien beschlossen und umgesetzt hätten, existiere in Deutschland nach wie vor kein nationaler Diabetesplan, welcher der Breite, Komplexität und Ernsthaftigkeit der bestehenden Problematik gerecht werde.

Die Antragssteller fordern daher eine nationale Diabetesstrategie, die auf eine Vorbeugung der Erkrankung und einer nachhaltigen Verbesserung des Versorgungsangebots abziele. Im Rahmen der Strategie müsse die Eindämmung von Diabetes mellitus als eine ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Zudem seien vorbeugende Maßnahmen im Sinne der Gesundheitsförderung umfänglich auszubauen, zu fördern und aufeinander abzustimmen. Daneben müsse das Versorgungsangebot zu einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung weiterentwickelt sowie sektorenübergreifende und interdisziplinäre Versorgungsmodelle gefördert werden. Außerdem sei eine Verbesserung der Information und Aufklärung über die Erkrankung erforderlich, um auf diese Weise den Bekanntheitsgrad der Erkrankung und die Aufmerksamkeit auf die bereits bestehenden Informations- und Beratungsdienste zu erhöhen. Für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung sei es zudem notwendig, eine optimale Verfügbarkeit von Daten zu gewährleisten. Um dies sicherzustellen, sei die bestehende Datengrundlage weiterzuentwickeln sowie die Nutzbarkeit der verfügbaren Daten zu gewährleisten. Außerdem müsse die Finanzierung der Forschungsförderung ausgebaut sowie eine gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Diabetes mellitus am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Zusätzlich seien die Risikofaktoren für die Erkrankung zu reduzieren, indem man Rahmenbedingungen für ein gesundes Leben in den Alltagswelten der Menschen schaffe.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 59. Sitzung am 1. Juli 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 58. Sitzung am 1. Juli 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 84. Sitzung am 11. März 2020 seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 19/14389 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung hat nicht stattgefunden.

Der Ausschuss für Gesundheit hat seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 19/14389 in seiner 97. Sitzung am 1. Juli 2020 fortgesetzt und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 19/14389 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

**Detlev Spangenberg**  
Berichterstatter





